

Nicht einmal eine «Verschärfung ultralight»

Ständeratskommission betreibt lediglich Kosmetik am «Inländervorrang light»

Pascal Tischhauser

Bern Was die Parteivertreter am Dienstag in der Staatspolitischen Kommission des Ständerats (SPK-S) vorbereitet haben, ist entgegen allen Beteuerungen nicht einmal eine «Verschärfung ultralight» des Inländervorrangs. Gemäss mehreren SPK-Mitgliedern hat beispielsweise der frühere FPD-Präsident Philipp Müller Fragen an die Verwaltung gestellt, die sich mit Mechanismen der Umgehung der Meldepflicht für offene Stellen befassen. So mit der Gefahr, dass Schweizer Unternehmen über Temporärfirmen günstiges ausländisches Personal in die Schweiz holen. Oder zum Um-

stand, dass heute schon viele Firmen Internetplattformen betreiben, auf denen sich die Leute spontan bewerben. Müller befürchtet eine Zunahme solcher Plattformen. Zudem fordert er einen konsequenten Vollzug bestehender flankierender Massnahmen (FlaM) durch den Bundesrat. Und er fragt, ob FlaM-Kontrollreue nicht auch Überwachung und Einhaltung der Meldepflicht übernehmen könnten. Eine wortgetreue Umsetzung der SVP-Masseneinwanderungsinitiative (MEI) ist das alles nicht.

Einzig die von Müller angeregte dauerhafte Einführung der Meldepflicht ohne Schwellenwert wäre eine Regelverschärfung – aber wir-

kungslos. Geprüft werden sollen weiter eine gewisse Verpflichtung der Firmen, die vom Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) vorgeschlagenen Stellensuchenden auch zu Vorstellungsgesprächen einzuladen. Eine Ablehnungsbegründung und ob ältere Arbeitnehmer geschützt werden könnten, sind weitere Vorschläge. Die Meldepflicht nur für Arbeitskräftemangel-Berufe soll ebenfalls geprüft werden.

Auch Pirmin Bischof von der CVP will keine Verschärfung

Kaum weiter als Müller geht CVP-Ständerat Pirmin Bischof, obwohl dessen Parteichef Gerhard Pfister am lautesten die Lösung beklagte,

die er in der Nationalratskommission mitgeschustert hatte. Einzig das von Bischof zur Prüfung angeregte Einspruchsrecht gegen die Ablehnung stellensuchender Inländer führte zu strengeren Regeln, die unter dem Strich aber auch nicht zu einem schärferen Inländervorrang führten.

Der zur SVP-Fraktion gehörende Thomas Minder seinerseits verlangt die Anhörung des früheren Staatssekretärs Michael Ambühl, von Alt-Bundesrichter Giuseppe Nay, der Professorin Christa Tobler und von jemandem zum sogenannten Genfer Modell sowie zur Situation in verschiedenen Grenzkantonen.

SP-Ständerat Hans Stöckli will vom Justizdepartement eine Auf-

listung von Zuwanderungslösungen verschiedener EU-Länder und eine Aussage über die Wirksamkeit des «Inländervorrangs light», und FDP-Ständerat Andrea Caroni regt wie öffentlich angekündigt Varianten zur Anpassung der Verfassung an den «Inländervorrang light» an.

Parlament hat sich abgefunden mit «Inländervorrang light»

Weiter Vorschläge vorbehalten deutet nichts darauf hin, dass die SPK-S an ihrer nächsten Sitzung vom 10. Oktober den Inländervorrang auch nur ansatzweise wirksam verschärft. Das Parlament hat sich längst mit dem «Inländervorrang light» abgefunden. Und auch

wenn in den anderen bürgerlichen Parteien über den Philipp Müller, den «Schattenpräsidenten der Freisinnigen», geschimpft wird, muss ihm attestiert werden, dass er sich als einziger Ständerat bemüht, die vom Nationalrat beschlossene Light-Variante nicht durch Umgehung zur Farce werden zu lassen.

Derweil kritisieren die CVP- und die SVP-Spitze weiter lautstark das Ausscheren der FDP aus der MEI-Umsetzungsbündnis. Dabei räumen hinter vorgehaltener Hand beide Parteien ein, dass auch die in der Allianz anvisierte Lösung der SVP am Schluss zu wenig gewesen wäre, als dass sie ihre Initiative als umgesetzt akzeptiert hätte.

Politohr

**FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE**

ja SP

Für alle

Wofür wir einstehen.
Wie wir handeln.
Was wir versprechen.

Die unter politischem Dauerbeschuss stehende SRG holte diese Woche mit einer 23-seitigen Hochglanzbroschüre zur PR-Offensive aus. Der schlichte Titel, den sich das Werbebüro ausgedacht hatte, lautet «Für alle». Die SRG-kritische SVP-Nationaltätin **Natalie**

Rikli war nicht die Einzige, die sich an den Spruch einer gewissen Bundesratspartei erinnerte: «Für alle statt für wenige», heisst die Losung der Schweizer Sozialdemokraten. Bekanntlich schreit die rechte Polithälfte beim kleinsten Verdacht auf, dass die öffentlich-rechtliche Anstalt eine Nähe zur Linken hat. Bei dieser offensichtlichen Parallele drängt sich die Frage auf, ob SRG-Boss **Roger de Weck** eine bewusste Provokation lancieren wollte oder ob die Verbandlung mit der Politik doch schon so weit fortgeschritten ist, dass die Ähnlichkeit im Leutschenbach gar nicht mehr bemerkt wird.

Die SVP-Fraktion sucht nach einem neuen Bundesratskandidaten. Das Anforderungsprofil für den Nachfolger des wohl zuerst abtretenden SVP-Magistraten **Ueli Maurer** ist bereits ausgearbeitet. Verantwortlich dafür sei der erst letzten Dezember in die Regierung gewählte **Guy Parmelin** (Foto). Er hatte die SVP-Parlamentarier diese Woche in den Landsitz Lohn geladen.

Da gab es – «überraschend guten» – Wein aus den Reben des VBS-Chefs. Gereicht wurden dazu Malakoff, eine Art waadtländer Käseschnitte. «So weit, so gut. Wir hielten uns aber zurück für den Hauptgang.» Na ja, ein zweites und ein drittes Stück habe man noch genommen, denn das ersehnte Fleischgericht kam und kam nicht, erzählt einer der anwesenden Deutschschweizer. «Es gab nur vegetarisch!» Dem Wein recht zugetan, habe man darum sogleich das Anforderungsprofil für den nächsten SVP-Bundesrat erstellt. Einzige, aber unabdingbare Anforderung: «Metzger statt Winzer».



FDP-Präsidentin Petra Gössi am Parteitag in Montreux: Man stehe «klipp und klar» hinter dem bilateralen Weg

Foto: Laurent Gillieron/Keystone

Die freisinnige Trotzreaktion

Die FDP will sich nach dem Showdown zur SVP-Initiative als Partei der Bilateralen profilieren

Montreux VD Es war der Versuch eines Befreiungsschlags, als die Freisinnigen gestern in Montreux VD ihre Parolen fassten. Zwei Wochen nachdem FDP-Politiker im Nationalrat für den «Inländervorrang light» gestimmt hatten und die SVP ihren bürgerlichen Kollegen den Vorwurf «Verfassungsbruch» um die Ohren geschlagen hatte, verabschiedeten die Delegierten mit 249 Ja und nur 3 Enthaltungen ihr Papier mit dem Titel «Ja zu den Bilateralen, Nein zum EU-Beitritt». Angesichts der Angriffe von rechts wollte man sich am Genfersee geschlossen als Partei der Bilateralen profilieren – und so nachträglich die weiche Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative poli-

tisch legitimieren: Die vom Souverän gestützten Abkommen mit Brüssel stellt die FDP als Wirtschaftspartei über den Verfassungsartikel vom 9. Februar 2014. Man stehe «klipp und klar» hinter dem bilateralen Weg – dem «Königsweg»! – und sei gegen den EU-Beitritt, betonte Parteipräsidentin Petra Gössi. Die verordnete Geschlossenheit bekamen während der Session auch zwei Zürcher FDP-Parlamentarier zu spüren, die sich für eine härtere Umsetzung der SVP-Zuwanderungsinitiative aussprachen und fraktionsintern entsprechend gedeckelt wurden.

Dem Beschluss zum Papier ging eine parteiinterne Posse voraus, da in einem ersten Entwurf der Hin-

weis auf die «Roten Linien» fehlte, also die Absicherung gegen eine dynamische Übernahme von EU-Recht. Nach Protest einzelner Mitglieder brachten die Autoren für das Papier gestern Samstag den Vermerk an, wonach die Linien «weiterhin einzuhalten» seien.

Bundespräsident Johann Schneider-Ammann hielt ebenfalls ein öffentliches Plädoyer für die bilateralen Verträge – vier von fünf der wichtigsten Handelspartner der Schweiz seien EU-Länder, betonte der Wirtschaftsminister.

Einstimmig für die Unternehmenssteuerreform III

Geschlossenheit demonstrierte die Partei auch bei anderen Standortthemen: Die Delegierten sagten

einstimmig Ja zur Unternehmenssteuerreform III. Die Steuersenkungspaket für die Wirtschaft kommt voraussichtlich am 12. Februar 2017 zur Abstimmung. Deutlich abgelehnt wurde schliesslich die grüne Atomausstieginitiative, über die das Volk am 27. November abstimmt. Die Mehrheit der FDP will keine «überhastete Abschaltung» der Schweizer Kernkraftwerke.

Auffällig war ebenfalls, worüber die Delegierten nicht debattierten: Das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union, das der freisinnige Aussenminister Didier Burkhalter entgegen allen Widerständen mit Verve verteidigt, wurde mit gespenstischer Disziplin verschwiegen. Reza Rafi